

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

1934 bis 1944

Band 2

Die NS-Diktatur

Band 2/107: 06.04.1939 – 28.08.1939

06.04.1939

Großbritannien: Der polnische Außenminister Beck schließt am 6. April 1939 mit der englischen Regierung einen Beistandspakt.

07.04.1939

Italien: Mussolini läßt am 7. April 1939 Albanien durch italienische Truppen besetzen, um sich seinen Wunsch nach einem "eigenen Meer" (die Adria) zu erfüllen.

Frankreich: Aufgrund der italienischen Mittelmeerpolitik verstärkt die französische Regierung am 7. April 1939 die politischen Verhandlungen mit der Sowjetunion.

10.04.1939

NS-Regime: Am 10. April 1939 sind etwa 300.000 politische Häftlinge in den Konzentrationslagern oder Zuchthäusern inhaftiert (x050/167).

Das NS-Regime verstärkt damals die Terrormaßnahmen gegen die vermeintlichen "Staatsfeinde". Überall treiben NS-Spitzel und sogenannte "NS-Vertrauensmänner" ihr Unwesen, die Tag und Nacht verdächtige Personen kontrollieren und überwachen.

14.04.1939

USA: US-Präsident Roosevelt fordert Hitler und Mussolini am 14. April 1939 auf, für 30 namentlich genannte Staaten Nichtangriffs-Erklärungen zu geben (x032/522).

17.04.1939

NS-Regime: Der sowjetische Botschafter leitet am 17. April 1939 weitere sowjetisch-deutsche Annäherungsversuche ein.

18.04.1939

UdSSR: In Moskau führt Stalin am 18. April 1939 Bündnisverhandlungen mit den Briten und Franzosen (britisch-französisch-sowjetischer "Dreibund").

Stalin stellt jedoch bewußt unannehmbare Forderungen (z.B. Übernahme der baltischen Staaten und das sowjetische Durchmarschrecht für Polen und Rumänien), so daß die Verhandlungen später ergebnislos abgebrochen werden (x069/176).

Stalin läßt das "geheime Doppelspiel" danach jedoch monatelang fortsetzen (x041/97).

24.04.1939

Polen: Außenminister Beck führt am 24. April 1939 in Warschau vertrauliche Verhandlungen mit einer französischen Regierungsdelegation.

27.04.1939

Großbritannien: Das britische Parlament ordnet am 27. April 1939 die Einführung der Wehrpflicht und die Erhöhung der britischen Streitkräfte an.

28.04.1939

NS-Regime: Hitler kündigt am 28. April 1939 den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt und das deutsch-britische Flottenabkommen von 1935.

03.05.1939

Polen: Nach der antideutschen Rede des polnischen Außenministers Beck vom 3. Mai 1939 wird klar, daß die polnische Regierung einen deutsch-polnischen Krieg erwartet und Kriegsvorbereitungen trifft (x104/277).

04.05.1939

Polen: In Danzig fordert die polnische Volksgruppe am 4. Mai 1939 während einer Kundgebung einen freien Zugang zur Ostsee und nationale Rechte für die Polen in Danzig (x032/528).

08.05.1939

Polen: Das polnische Innenministerium erteilt am 8. Mai 1939 weitere geheime Anweisungen zur Behandlung der deutschen Minderheit.

Aufgrund dieser geheimen Anweisungen sollen das Schulwesen, die Kirchen, der Wohlfahrtsdienst, die Landwirtschaft, die Industrie, die Genossenschaften und das Kreditwesen der Volksdeutschen (x104/271): >>... mit allen Mitteln bekämpft ... verboten ... aufgelöst ... rigoros abgelehnt ... scharf überwacht ... rücksichtslos liquidiert werden.<<

13.05.1939

NS-Regime, USA: Der Luxusdampfer "St. Louis" startet am 13. Mai 1939 in Hamburg mit fast tausend Juden an Bord zu einer Irrfahrt zwischen Europa und Nordamerika.

Irrfahrt der "St. Louis"

Die "St. Louis" erhielt später in Kuba und von den Nordamerikanern keine Landeerlaubnis und mußte mit den 937 jüdischen Passagieren nach Europa zurückkehren. Die Irrfahrt der "St. Louis" endete schließlich am 18. Juni 1939 in Antwerpen. Später kamen etwa 600 ehemalige Passagiere der "Sankt Louis" während der sogenannten "Endlösung" um (x032/531).

Die jüdischen Auswanderungsschiffe erhielten damals fast nirgends eine Landeerlaubnis und wurden deshalb nicht selten "schwimmende Särge" genannt. Viele Juden sahen zwar im New Yorker Hafen die nordamerikanische Freiheitsstatue, aber die Ausgestoßenen durften ihre "schwimmenden Särge" meistens nicht verlassen, weil die nordamerikanische Regierung in jener Zeit nicht über die erforderliche Nächstenliebe verfügte.

In jener Zeit wurde der Leitspruch der US-Freiheitsstatue leider nicht verwirklicht (x043/434): >>Gebt mir eure müden, eure armen, eure zusammengedrängten Massen, die sich nach Freiheit sehnen<<

Als das NS-Regime ab 1939 die Austreibung der Juden verstärkte, verweigerten die sogenannten "zivilisierten Völker" größtenteils ihre Hilfe und ließen die heimatlosen, gehetzten Juden schmachvoll im Stich. Tausende von ausgestoßenen Juden standen an den ausländischen Grenzen und vor den Konsulaten, aber sie bettelten fast immer vergeblich, denn kein Land wollte Ausgeplünderte und Bettler aufnehmen.

Polen: Das "Deutschenpogrom" in Tomaszow bei Lodz verursacht am 13./14. Mai 1939 eine Massenflucht von Volksdeutschen in die deutschen Reichsgebiete (x104/272).

17.05.1939

Palästina: Die britische Besatzungsbehörde entscheidet am 17. Mai 1939, daß in den nächsten 5 Jahren nur 10.000 Juden jährlich in Palästina einwandern dürfen ("White Paper").

Der jüdische Politiker David Ben Gurion (1886-1973, Chef der zionistischen Palästina-Sektion) verurteilt damals die britische Einwanderungspolitik in Palästina (x172/141): >>... Jeder, der sich der Lage der Juden in Ost- und Mitteleuropa bewußt ist, dürfte nicht einen Moment glauben, daß sie aufhören werden, in ihr Heimatland zu kommen, weil irgendein Gesetz das als illegal bezeichnet. Juden, die sich zwischen völliger Vernichtung und der Immigration nach Palästina unter sogenannten illegalen Bedingungen entscheiden müssen, werden natürlich keinen Augenblick in ihrer Entscheidung zögern.<<

22.05.1939

NS-Regime: Der NS-Staat und Italien schließen am 22. Mai 1939 in Berlin den "Stahlpakt".
Im Artikel III des "Stahlpaktes" heißt es (x256/155): >>... Wenn es entgegen den Wünschen und Hoffnungen der Vertragsschließenden Teile dazu kommen sollte, daß einer von ihnen in kriegerische Verwicklungen mit einer anderen Macht oder mit anderen Mächten gerät, wird ihm der andere Vertragsschließende Teil sofort als Bundesgenosse zur Seite treten und ihn mit allen seine militärischen Kräften zu Lande, zur See und in der Luft unterstützen.<<

23.05.1939

NS-Regime: Nachdem Hitler die Oberbefehlshaber der Wehrmacht zur strengsten Geheimhaltung verpflichtet hat, kündigt er am 23. Mai 1939 den Krieg gegen Polen an (x256/155, x023/238): >>... Weitere Erfolge können ohne Blutvergießen nicht mehr errungen werden. Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten und Sicherstellung der Ernährung, sowie um die Lösung des Baltikum-Problems. Zwingt uns das Schicksal zur Auseinandersetzung mit dem Westen, ist es gut, einen größeren Ostraum zu besitzen. ...

Es bleibt der Entschluß, bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen. An eine Wiederholung der Tschechei ist nicht zu glauben. Es wird zum Kampf kommen. Aufgabe ist es, Polen zu isolieren. Das Gelingen der Isolierung ist entscheidend. ...<<

>>... Wir müssen, wenn bei polnischem Krieg England angreifen will, blitzartig Holland angreifen. Erstrebenswert ist es, eine neue Verteidigungslinie mit holländischem Gebiet bis Zuydersee zu gewinnen. ... Es handelt sich nicht mehr um Recht oder Unrecht, sondern um Sein oder Nichtsein von 80 Millionen Deutschen.<<

31.05.1939

UdSSR: Der sowjetische Außenminister Molotow erläutert am 31. Mai 1939 vor dem Obersten Sowjet die politischen Verhandlungen mit England und Frankreich und berichtet über die geplante Wiederaufnahme deutsch-sowjetischer Wirtschaftsverhandlungen (x032/537).

Mai 1939

Polen: Ab Mai 1939 verschlechtern sich die Lebensbedingungen der Volksdeutschen in Polen zusehends.

Deutsche Dörfer werden von polnischen Banden überfallen. Es ereignen sich mehrere Morde. Höfe werden ausgeplündert und gehen in Flammen auf. Viele Volksdeutsche verlassen nachts ihre Höfe, um sich in den Wäldern oder in Feldscheunen zu verbergen. Es kommt zu Massenentlassungen von deutschen Arbeitnehmern. Deutsche Kinder und Erwachsene müssen ständig damit rechnen, auf offener Straße und in Geschäften verprügelt zu werden (x025/43). Zehntausende von Polen-Deutschen flüchten in jener Zeit über die deutsche Grenze und werden vorerst in Niederschlesien, Ostpommern und Ostpreußen untergebracht.

Der polnische Staat beteiligt sich aktiv an der Verfolgung der Volksdeutschen und führt systematische Willkür- und Zwangsmaßnahmen gegen die Volksdeutschen durch. Im polnischen Rundfunk und in polnischen Zeitungen verbreitet man regelmäßig antideutsche Propaganda. Alle deutschsprachigen Zeitungen werden verboten (x025/43).

Der polnische Kriegsminister General Tadeusz Kasprzycki erklärt im Mai 1939 in Frankreich (x352/59): >>... Wir haben keine (Befestigungen), denn wir gedenken, einen Bewegungskrieg zu führen und gleich zu Beginn der Operationen in Deutschland einzufallen.<<

20.06.1939

Polen: Ein Propagandist des polnischen Heeres verkündet am 20. Juni 1939 in Bromberg (x104/277): >>Der polnische Soldat weiß, daß er mit dem Marsch auf Berlin die Mission eines Befreiers der von dem Joch des barbarischen Hakenkreuzes Unterdrückten erfüllt. ...<<

21.06.1939

Polen: Stanislaw Mikolajczyk (1901-1966, seit Juli 1943 Ministerpräsident der anti-

kommunistischen polnischen Exilregierung) erklärt am 21. Juni 1939 (x309/70): >>... Man muß sich darüber im Klaren sein, daß Polen so lange keinen Frieden kennen wird, bis es sich nicht auf die Oder stützen kann.<<

Juni 1939

Polen: Die französisch-britischen Garantieerklärungen (vom 31. März 1939) fördern den polnischen Nationalismus und die nationale Begeisterung, so daß sich in Polen im Juni 1939 eine gefährliche Kriegsstimmung entwickelt. Nicht wenige Polen feiern bereits ihr polnisches Großreich.

Polnische Nationalisten schätzen das polnisch-deutsche Kräfteverhältnis oftmals völlig falsch ein. Sie halten die deutsche Wehrmacht für einen großen Bluff und sprechen vom "Marsch auf Berlin" (x025/183).

Der polnische Armee-Oberbefehlshaber Rydz-Śmigły erklärt im Sommer 1939 vor polnischen Offizieren (x352/60): >>>Polen will den Krieg mit Deutschland, und Deutschland wird ihn nicht vermeiden können, selbst wenn es das wollte.<<

Großbritannien: Abgesandte bzw. Beobachter der britischen Regierung registrieren im Juni 1939 in einem Geheimbericht, der erst 1979 veröffentlicht wird, ein riskantes, aber wohlüberlegtes Vorgehen der polnischen Staatsführung (x025/183).

Dieser Geheimbericht schildert nicht nur den verbreiteten Chauvinismus und Antisemitismus der polnischen Bevölkerung, sondern er informiert auch über bereits vorhandene Annexions- und Vertreibungspläne der polnischen Regierung, die man nach dem erwarteten "allgemeinen Krieg" realisieren will.

Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 - 1989 über einen Reisebericht, den zwei englische Diplomaten am 9. Juni 1939 dem britischen Außenministerium vorlegten (x853/...): >>... Seine Verfasser sind Sir William Strang, damals Leiter der Deutschland- und Osteuropa-Abteilung im Londoner Foreign Office, und der Privatsekretär des Ständigen Unterstaatssekretärs im britischen Außenamt, Hubert Miles Gladwyn Jebb.

Das amtliche Deckblatt des britischen Außenamts führt die Niederschrift unter dem Titel "Visit of Mr. Strang and Mr. Jepp to Poland" und ist mit Datum vom 13. Juni ("13th June, 1939") handschriftlich vom zuständigen Sachbearbeiter Kirkpatrick abgezeichnet. Aus der von ihm angebrachten Vorbemerkung ("This is an interesting account of the visit of Mr. Strang and Mr. Jepp to Poland. Mr. Strang has seen it and concurs") wie auch aus der alleinigen Unterschrift Jebbs am Ende des Berichts ... geht hervor, daß das vorgelegte Reiseprotokoll vom niedrigerrangigen Jebb entworfen und verfaßt und dann von Strang gebilligt worden ist, jedoch die Beobachtungen beider enthält. Diese konnten sie im Mai 1939 anlässlich einer informativen Erkundigungsreise durch das verbündete Polen sammeln.

Ihrer Visite vorausgegangen waren die britisch-französische Garantie für Polen vom 31. März 1939 und die polnisch-englische Übereinkunft vom 6. April 1939, in welcher festgestellt wurde, "daß die beiden Länder bereit sind, ein Abkommen abzuschließen, das bleibend und gegenseitig sein und das die gegenwärtige, vorübergehend gültige und einseitige Zusicherung der Regierung Seiner Majestät an die polnische Regierung ersetzen soll" und die den Zweck verfolgte, "Großbritannien und Polen des gegenseitigen Beistandes zu versichern für den Fall einer unmittelbaren oder mittelbaren Bedrohung der Unabhängigkeit jedes der beiden Länder".

Die ersten psychologischen Auswirkungen dieser anglo-französischen Beistandsversprechen konnten die beiden Londoner Diplomaten bereits auf ihrer ausgedehnten Informationsreise beobachten, stellen sie doch gleich am Anfang ihres Berichtes fest: "Der britische Vizekonsul von Kattowitz erzählte beispielsweise, daß die dortigen polnischen Beamten sich seit unserer Garantie 'schrecklich anmaßend' gezeigt hätten und von einer schnellen Niederlage Deutsch-

lands und einer Besetzung Breslaus sprächen", um dann auf die Stimmung der Bevölkerung auf dem Lande zu sprechen zu kommen.

Gladwyn Jebb schreibt: "Wieder einmal verlangte es die Bauern auf einen Besitz südlich von Thorn nach einem Gang gegen die Deutschen. Dieses bestätigte der geistig hochgebildete Leiter der Wirtschaftsabteilung im Außenministerium, Herr Wezelaki, der sagte, daß der Kriegsggeist und die antideutsche Einstellung der Bauern teils auf rassische und teils auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen sei (Bevölkerungswachstum und daraus folgender Appetit auf deutsches Bauernland)."

Geradezu prophetisch muten die Feststellungen an, welche Gladwyn Jebb vom Warschauer Regierungsbeamten Wezelaki über mögliche polnische Ausschreitungen gegen Deutsche überliefert, wenn er in seinem Bericht schreibt:

"Wezelaki ging tatsächlich so weit zu sagen, daß er im Falle eines Kriegsausbruchs fürchte, ein furchtbares Massaker unter den Volksdeutschen könnte schwer zu verhindern sein." ...

Und wenn man an die blutigen Pogrome von Bromberg, Warschau und in anderen polnischen Bezirken denkt, denen Anfang September zahlreiche Volksdeutsche zum Opfer fielen.

- Ebenso zutreffend erwiesen sich die Beobachtungen, die die beiden britischen Diplomaten über die außenpolitische Haltung der Polen machten. So notierten sie hinsichtlich einer Verständigungsmöglichkeit mit Berlin über die Danziger Frage: Jedenfalls gibt es hinsichtlich Danzigs bestimmte Konzessionen, die kein Pole freiwillig machen würde. Sie könnten angenommen weder die Anwesenheit deutscher Soldaten auf Danziger Gebiet noch einen wirtschaftlichen Anschluß Danzigs an das Reich zulassen. Ersteres bedeute, der Korridor würde militärisch nicht zu halten sein; und das zweite würde Polens Handel, von dem nicht alles über Gdingen laufen könne, abwürgen. In beiden Fällen würde Polens Unabhängigkeit ernstlich eingeschränkt ...

Kurzum, alle Polen seien zutiefst von der dem gegenwärtigen Arrangement innewohnenden Gerechtigkeit überzeugt, und es erschrecke sie, Engländer von der Rechtmäßigkeit der Ansprüche Herrn Hitlers sprechen zu hören."

Wie aus der weiteren Darstellung des Diplomatenberichts von Jebb hervorgeht, sperrten sich die Polen nicht nur wegen der befürchteten Parallele ihres möglichen Schicksals zu jenem der Tschechen im März 1939 - wobei man in Warschau ausdrücklich nichts gegen die vollzogene Eingliederung des Sudetenlandes in das Deutsche Reich hatte -, sondern bauten bei ihrem entschiedenen Ablehnungskurs auch auf den Sieg ihrer Waffen.

Dies bestätigte deutlich ein Gespräch, das Gladwyn Jebb anläßlich eines Banketts mit dem Hauptmitarbeiter des polnischen Generalstabschefs, General Stachiewitz, in Warschau hatte. Er schreibt darüber:

"Ich kann nur soviel sagen, daß der Oberst, der während des Essens neben mir saß, ein intelligenter und vernünftiger Mann ist. Er bekundete freimütig, daß die polnische Armee in einiger Hinsicht ihre Mängel habe, daß er aber darauf baue, daß sie, wenn nötig, ihre Sache gut machen würde."

Obwohl es bis zum tatsächlichen Ausbruch der Kampfhandlungen noch über ein Vierteljahr hin war, hatte man im polnischen Generalstab bereits konkrete Vorstellungen über die zu ergreifenden operativen Maßnahmen, was freilich zu den selbstverständlichen Pflichtübungen jeder Heeresleitung gehört.

Gladwyn Jebb berichtet von seiner Unterhaltung mit dem erwähnten Oberst und anderen polnischen Offizieren über die geplante militärische Strategie der polnischen Armee:

- "Teils von ihm (dem Oberst) und teils von anderen Herren erfuhr ich, daß man daran denke, zu Beginn des Krieges Ostpreußen anzugreifen, weil es für die Deutschen schwierig sein würde, die Provinz rasch und ausreichend zu verstärken. Darüber hinaus sei es dort möglich, von vielen Punkten aus gleichzeitig anzugreifen. Die belebende Wirkung einer Besetzung Königs-

bergs könnte, so hoffe man, ein Gegengewicht zu einem unvermeidlichen Rückzug vom Vorpreschen im Westen bilden ...

Die Polen glauben, daß in dem allgemeinen Krieg, der nach ihrer Ansicht einem deutschen Angriff gegen Polen folgen würde, Deutschland am Ende besiegt werden würde und daß die polnische Armee, wenn auch böse angeschlagen, dann aus den Pripjet-Sümpfen oder dem "Urwald" von Bialowiecza wieder hervorkommen und darangehen würde, sich eines Großpolens unter den durchaus gleichen Umständen wie 1919 zu bemächtigen ...

Sie vertreten den Standpunkt, daß irgendeine Art von deutschem Zusammenbruch innerhalb eines Jahres nach dem Ausbruch eines allgemeinen Krieges eine sehr reale Möglichkeit sei; und wenn sie auch keinen Zweifel hegen, daß die Deutschen im Anfangsstadium außerordentlich gut kämpfen werden, sind sie zuversichtlich, daß der Ring halten und die Wirkung einer Blockade sich sehr viel eher bemerkbar machen wird als 1914-1918."

- Dieser Siegeszuversicht, die sich nicht zuletzt auf den Ausbruch eines "allgemeinen Krieges" stützte, entsprach im übrigen auch ein Gemälde, das der polnische Oberkommandierende, Marschall Rydz-Smigly, bereits im Sommer 1939 in Auftrag gab und das ihn hoch zu Roß in voller Gala-Uniform als Sieger unter dem Brandenburger Tor zu Berlin zeigt.

Und laut Gedächtnisprotokoll des damaligen französischen Außenministers Georges Bonnet über seine Unterredung mit dem polnischen Botschafter in Paris, Graf Juliusz Lukasiewicz vom 15. August 1939, erwiderte der polnische Missionschef auf den Hinweis, daß Hitler die polnische Armee innerhalb von drei Wochen zu besiegen gedenke, wörtlich: "Im Gegenteil, die polnische Armee wird vom ersten Tage nach Deutschland eindringen."

Daß die polnischen Erwartungen hinsichtlich eines Sieges über die deutsche Wehrmacht durchaus nicht überzogen waren, beweist eine scharfsinnige Studie des britischen Militärhistorikers John Kimche, in welcher anhand der beiderseitigen Truppenstärken (der Polen, Frankreichs und Großbritanniens einerseits und der Deutschlands andererseits) dargestellt wird, daß Deutschland dieser rund dreifachen Übermacht bei gleichzeitigem alliierten Angriff im Westen auf die Dauer nicht hätte standhalten können und vermutlich bereits an Weihnachten 1939 die Waffen hätte strecken müssen.

Bekanntlich unterließen es aber die Briten und die Franzosen, ihrem Bündnispartner Polen durch Eröffnung einer effektiven Front im Westen entlastend zu Hilfe zu kommen und verhielten sich in den Augen der Polen letztendlich ähnlich, wie knapp fünf Jahre später die Rote Armee, die an der Weichsel Gewehr bei Fuß stand, als die deutschen Truppen den Warschauer Aufstand der nationalpolnischen "Heimatarmee" niederschlugen; bittere Erfahrungen der Polen mit ihren Alliierten in West und Ost.

- Im Mai 1939 mochten sie aber an solche Enttäuschungen durch ihre Beistandspartner ganz und gar nicht denken, vielmehr hatten sie bereits optimistisch für die Zeit nach dem Sieg über Deutschland geplant und aus ihren diesbezüglichen Plänen den britischen Diplomaten gegenüber auch gar keinen Hehl gemacht. So konnten Strang und Jebb im Juni 1939 ihrem Foreign Office melden:

"Jedenfalls schien es die allgemeine Auffassung zu sein, daß Ostpreußen von Polen annektiert werden müsse. Der stellvertretende Leiter der Abteilung Ost im Außenministerium ging tatsächlich so weit, klar zu sagen, daß dieses der polnische Plan sei. Er rechtfertigte ihn mit der Begründung, die Bevölkerung Ostpreußens sei im Abnehmen begriffen; daß vieles von dem Gebiet in Wirklichkeit sowieso polnisch sei, daß man jedenfalls Umsiedlungen vornehmen könne, und daß die Polen als junger und rasch wachsender Staat eine seiner Bedeutung angemessene Küstenlinie haben müsse."

Wie aus dem geheimen Diplomatenbericht weiter hervorgeht, hegten polnische Regierungskreise aber auch noch andere Vorstellungen über ein künftiges Großpolen nach dem Sieg über Deutschland. Gladwyn Jebb schreibt darüber:

"Aber da gibt es noch ein größeres Projekt für Polens Zukunft nach einem siegreichen Krieg gegen Deutschland. Es ist die Konzeption eines Bundes-Polen, wozu Litauen gehört, mit einer Art Autonomie für die Ruthenen. Entsprechend diesem Traum würde Warschau das Zentrum einer gewaltigen Zusammenballung sein, deren westliche Grenzen bis fast zur Oder ausgreifen und mit einem südlichen Grenzland mit einem wiederhergestellten Ungarn."

Nahmen die Planungen mit Ostpreußen in gewissem Sinne schon die Vertreibungen oder Zwangsumsiedlungen der Deutschen vorweg, zeichnete sich in diesem Plan zum Teil bereits die Oder-Neiße-Grenze ab; freilich nicht im gleichen Landanspruch, wie er dann auf Wunsch und Druck Moskaus bis zur westlichen Neiße ausgedehnt wurde. Die Nationalpolen hätten sich mit dem Gebiet östlich der Oder begnügt und damit den Deutschen immerhin noch ein Gebiet von rund 30.000 Quadratkilometern mit annähernd fünf Millionen Einwohnern belassen.

- Auf fast unheimliche Art sollte schließlich das weitgehend Wirklichkeit werden, was die Polen mit dem besiegten Deutschland vorhatten beziehungsweise gern gesehen hätten.

Gladwyn Jebb notierte zu dieser Frage in seinem Bericht:

"Um meine polnischen Freunde auszuhorchen, habe ich sie gewöhnlich in einem bestimmten Stadium gefragt, was sie hinsichtlich der Deutschen vorzuschlagen hätten, wenn sich das Kriegsglück - wie sie es für wahrscheinlich hielten - zu ihren Gunsten entschieden hätte ... Die allgemeine Richtung schien zu sein, daß Deutschland in zwei oder drei Stücke geschnitten werden müsse und daß der größere Abschnitt aus einem südlichen und katholischen Block bestehen müsse, vielleicht unter dem Erzherzog Otto."

Sieht man von ein paar Äußerlichkeiten ab, wie etwa von dem Umstand, daß die Bundesrepublik nicht von Erzherzog Otto (von Habsburg) regiert wird und daß aus dem süddeutschen Staat ein westdeutscher wurde, findet man die hauptsächlichsten Zukunftserwartungen der Polen von 1939 bezüglich Deutschlands erfüllt; freilich das alles nicht auf eigene Veranlassung, sondern durch den Siegerspruch der "Großen Drei" von Jalta und Potsdam, und für Polen unter der drückenden Hypothek sowjetischer Mitbestimmung im eigenen Land, ein teurer, wohl zu hoher Preis für die weit ausgreifenden Großmachtpläne am Vorabend des Zweiten Weltkriegs.

Gladwyn Jebb, der nachmalige stellvertretende Unterstaatssekretär im britischen Ministerium für Kriegswirtschaft und spätere UN-Generalsekretär, beschließt den Bericht mit einer persönlichen Bemerkung. Darin stellt er fest:

"Abschließend ist es meine persönliche Ansicht, daß, wenn wir versuchen, uns um unsere Garantie herumzudrücken, die Polen ernsthaft in Erwägung ziehen werden, ihre gegenwärtige Haltung zu Deutschland zu revidieren. Selbst wenn es ihnen nicht gelingt, die Deutschen zu versöhnen (und das werden sie wahrscheinlich tun), dann könnte das erste Anzeichen wirklicher Schwäche unsererseits zu einem Signal für die Russen werden, sich mit den Deutschen auf der Grundlage einer vierten Teilung zu verständigen. Wenn das geschieht, dann werden die Auswirkungen auf unsere Stellung in der Welt auch der mittelmäßigsten Intelligenz klar."

Wenn auch der Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 unter anderen Gründen und Auspizien geschlossen wurde, so trifft Jebbs Prognose doch um so stärker für den Einmarsch der Roten Armee in Ostpolen am 17. September 1939 und auf den deutsch-sowjetischen Grenzvertrag vom 28. September 1939 zu. ...<<

01.07.1939

Frankreich: Das Pariser "Neue Tagebuch" berichtet am 1. Juli 1939 über die vergeblichen Versuche jüdischer Flüchtlinge, nach Nordamerika, Kuba, Ecuador, Palästina oder Griechenland zu fliehen (x032/546): >>... Die sichtbaren Opfer des modernen Pharaos. Es sind Juden, die über die Meere irren. Derer, die durch die Lande irren, sind es mehr.<<

Vor Palästina werden die jüdischen Flüchtlingsschiffe nicht nur abgewiesen, sondern sie wer-

den damals sogar von der britischen Küstenwache beschossen.

06.07.1939

NS-Regime: Die "Reichsvertretung der Juden in Deutschland" wird am 6. Juli 1939 durch die "Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" ersetzt.

Diese Vereinigung beschäftigt sich vor allem mit der jüdischen Auswanderung nach Palästina und der Wohlfahrtsarbeit. Wegen der Berufsverbote sind etwa 84 % der Juden arbeitslos. Sie erhalten keine staatliche Unterstützung (x092/896).

15.07.1939

Polen: Während der polnischen Siegesfeiern am 15. Juli 1939 (529. Jahrestag der Schlacht von Tannenberg) propagieren polnische Politiker schon die Übernahme der deutschen Ostgebiete.

Die Deutschen sollen ein zweites Tannenberg (polnisch = "Grunwald") erleben und schon bald würden die polnischen Fahnen über Danzig, Königsberg, Elbing und anderen ostdeutschen Städten wehen (x104/278).

24.07.1939

UdSSR: Ein sowjetisch-französisch-britischer Beistandsvertrag wird zwar am 24. Juli 1939 abgeschlossen, tritt jedoch später nicht in Kraft (x041/98).

Stalin entscheidet danach, Hitler wirtschaftlich zu unterstützen und beginnt geheime Verhandlungen mit dem NS-Regime.

Juli 1939

NS-Regime: Die Ausschreitungen gegen die Volksdeutschen in Polen, an denen sich vielerorts auch polnische Priester beteiligen, steigern im Juli 1939 die antipolnische Stimmung. Die NS-Propaganda nutzt die Gelegenheit und verstärkt die antipolnische Hetzkampagne.

Polen: Die polnische Zeitung "Dziennik Poznanski" (Posener Tageblatt) veröffentlicht im Juli 1939 eine Landkarte, in der Polen sämtliche "slawischen Gebiete" zwischen Oder und Elbe beansprucht (x025/178).

14.08.1939

Frankreich, UdSSR: Die sowjetisch-britisch-französischen Militärverhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen gegen das NS-Regime scheitern am 14. August 1939, weil die polnische Regierung ein sowjetisches Durchmarschrecht durch Polen ablehnt (x125/172).

15.08.1939

UdSSR: Am 15. August 1939, um 4.40 Uhr, wird die deutsche Botschaft in Moskau per Telegramm über die deutsch-sowjetischen Nichtangriffsverhandlungen und den Besuch des deutschen Außenministers informiert (x125/172).

16.08.1939

UdSSR: Der sowjetische Außenminister Molotow schlägt Hitler am 16. August 1939 den Abschluß eines Nichtangriffspaktes vor. Hitler stimmt daraufhin Verhandlungen in Moskau zu.

18.08.1939

Polen: Die polnisch-französischen Verhandlungen über die sowjetischen Forderungen nach einem Durchmarschrecht scheitern am 18. August 1939.

19.08.1939

Polen: Außenminister Beck lehnt am 19. August 1939 die sowjetischen Forderungen nach einem Durchmarschrecht ab (x032/559): >>... Ich lasse nicht zu, daß man in irgendeiner Weise über die Benutzung eines Teils unseres Gebietes durch ausländische Truppen diskutiert. Wir haben keine Militärkonvention mit der Sowjetunion; wir wollen keine haben.<<

UdSSR: Die Sowjetunion und das NS-Regime schließen am 19. August 1939 in Moskau einen Wirtschaftsvertrag.

Stalins Doppelspiel

Infolge des deutsch-sowjetischen Wirtschaftsvertrages vom 19. August 1939 wurden die

deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen erheblich verstärkt, so daß die spätere britische Blockade zunächst weitgehend wirkungslos blieb (x051/125). In den Kriegsjahren 1939/40 verlief die wirtschaftliche deutsch-sowjetische Zusammenarbeit reibungslos. Die Sowjets erhielten Kredite, Waffen und deutsche Industriegüter, während man den Deutschen wichtige Rohstoffe, Getreide etc. über die sowjetischen Fernost-Häfen und Eisenbahnlinien lieferte, die wegen der britischen Seeblockade sonst nirgends zu bekommen waren.

Stalin erteilte damals Befehle, das NS-Reich mit allen Mitteln zu begünstigen, denn Hitlers Entschluß, Polen und die europäischen Westmächte anzugreifen, sollte durch die sowjetischen Rohstofflieferungen erleichtert und beschleunigt werden.

Stalin, der spätestens seit 1937 den Zweiten Weltkrieg für unvermeidlich hielt, versuchte etwa seit diesem Zeitpunkt mit allen indirekten politischen Mitteln, einen kriegerischen Zusammenstoß in Westeuropa zu provozieren oder mindestens zu fördern. Für Stalin zählte grundsätzlich nur der Erfolg. Die Frage der Bündnispartner spielte eine völlig untergeordnete Rolle. Entscheidend war nur, daß die UdSSR auf jeden Fall auf der Seite der Sieger stehen mußte.

Da die sowjetischen Ostgrenzen durch Japan bedroht waren, benötigte Stalin vor allem Zeit. Stalin führte bis zum deutschen Angriff gegen die UdSSR im Jahre 1941 ein geschicktes Doppelspiel und hatte praktisch ständig "2 Eisen im Feuer". Der kaltblütige sowjetische Diktator unterhielt enge Geheimkontakte zu Hitler und verhandelte gleichzeitig unentwegt heimlich mit den westlichen Alliierten.

Stalin ("der lachende Dritte") kündigte am 19. August 1939 an, daß die UdSSR in einem Krieg zwischen den "Imperialisten" als letzte Macht eingreifen werde x090/279.

Stalin wollte den unausweichlichen Kampf erst in der "günstigsten Kriegsphase" gegen ein geschwächtes NS-Regime beginnen. Nach dem Angriff gegen Polen (1.09.1939) war Stalin unentwegt bestrebt, den Selbstvernichtungskrieg der kapitalistischen Westmächte zu unterstützen, und wartete gelassen die weitere Entwicklung des Krieges und die "Selbsterfleischung der kapitalistischen Staaten" ab.

Stalin rechnete damals bereits fest mit einem Krieg gegen "Hitler-Deutschland" und hielt einen Krieg gegen das NS-Regime für unvermeidlich. Der sowjetische Diktator bereitete sich deshalb frühzeitig auf diesen Krieg gegen Hitler vor.

Frankreich: Die französische Regierung gewährt Polen am 19. August 1939 einen Rüstungskredit.

20.08.1939

Polen: Die polnische Regierung erläutert am 20. August 1939 nochmals gegenüber den französischen Diplomaten die Verweigerung des sowjetischen Durchmarschrechts (x032/559): >>... Mit den Deutschen laufen wir Gefahr, unsere Freiheit zu verlieren. Mit den Russen verlieren wir unsere Seele.<<

23.08.1939

UdSSR: Reichsaußenminister von Ribbentrop unterzeichnet am 23. August 1939 in Moskau den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt.

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt

Obwohl die Sowjetunion bereits monatelang Geheimverhandlungen mit den Westmächten geführt hatte, schlossen die vermeintlichen Todfeinde Hitler und Stalin am 23. August 1939 "völlig überraschend" einen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt ab ("die übrige Welt reagierte damals völlig sprachlos").

Dieser "Hitler-Stalin-Pakt" ermöglichte eigentlich erst den Angriff auf Polen, denn der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt gab Hitler endlich die erforderliche Rückendeckung, um seine Kriegspläne zu verwirklichen.

Japan reagierte nach dem deutsch-sowjetischen Bündnis verunsichert und rückte vom NS-Regime ab, so daß Stalin die angestrebte zusätzliche Zeit gewann, um die radikale Neuorgani-

sation der Roten Armee zu beenden.

Hitler und Stalin legten in einem geheimen Zusatzprotokoll die "neuen Grenzen" Osteuropas fest (x041/98). Estland, Lettland, Bessarabien und Polen (östlich der Flüsse Pissa, Narew, San und Weichsel) wurden der UdSSR zugeschanzt, während Litauen und Westpolen an das Deutsche Reich fallen sollten.

Aufgrund der Tatsache, daß der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt keine üblichen "Angriffsklauseln" enthielt, deutete manches darauf hin, daß beide Vertragspartner Aggressionen erwarteten (x051/125).



Abb. 66 (x149/95): Hitler und Stalin nach der Niederlage Polens. Karikatur im "Evening Standard" (David Low). Hitler: "Der Abschaum der Menschheit, denke ich." Stalin: "Der blutige Mörder der Arbeiter, nehme ich an."

Das geheime Zusatzprotokoll des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom 23. August 1939 enthält folgende Vereinbarungen (x243/68): >>1. Für den Fall einer territorial politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten werden diese Länder der sowjetischen Interessensphäre zugehörig erklärt.

2. Polen wird längs einer Linie, die von der Ostgrenze Ostpreußens bis zur Karpaten-Ukraine reicht und Warschau und Lublin einschließt, vollständig in eine deutsche und sowjetische Interessensphäre aufgeteilt.

3. Während Deutschland hinsichtlich des Südosten Europas sein Desinteresse erklärt, wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. ...<<

Bei der anschließenden Feier bringt Stalin folgenden Trinkspruch auf Hitler aus (x073/177): >>Ich weiß, wie sehr das deutsche Volk seinen Führer liebt, und möchte deshalb auf seine Gesundheit trinken ...<<

Als sich Ribbentrop verabschiedet hat, sagt Stalin zum sowjetischen Außenminister Molotow (x069/176): >>Das war die Kriegserklärung Hitlers an die Sowjetunion!<<

In einem politischen Wörterbuch, das 1940 in Moskau erscheint, berichtet man wie folgt über den Stalin-Hitler-Pakt (x058/362-363): >>... Im Zusammenhang mit der ernststen Verschlechterung der internationalen Lage im April bis August 1939 wurden zwischen der UdSSR einerseits und England sowie Frankreich andererseits Verhandlungen geführt betreffend der gemeinsamen Maßnahmen, die den europäischen Krieg vereiteln könnten.

England und Frankreich, die in Wirklichkeit kein Übereinkommen mit der UdSSR wollten und lediglich bestrebt waren, die UdSSR zu isolieren und den Krieg zwischen der UdSSR und Deutschland zu provozieren, haben diese Verhandlungen zum Scheitern gebracht. Die heimtückischen Pläne der Kriegshetzer wurden demaskiert, und sie haben dank der weisen Politik der sowjetischen Regierung einen Schiffbruch erlitten. Am 23. August 1939 wurde zwischen der UdSSR und Deutschland ein Nichtangriffspakt geschlossen, der die Feindschaft zwischen den beiden Ländern ein Ende gesetzt hat und eine entscheidende Wende in den internationalen Beziehungen im Zeitabschnitt des zweiten imperialistischen Krieges bedeutet. ...

Das hat sich mit besonderer Kraft dann bestätigt, als der polnische Staat zusammenstürzte und Polen ein geeignetes Feld für alle möglichen Zufälligkeiten und unerwartete Situationen sein konnte, die eine Gefahr für die UdSSR heraufbeschwören konnten.

Um die Möglichkeit solcher Ereignisse zu verhindern und um die Ukrainer und Bjelo-Russen, die gemeinsamen Blutes sind, zu beschützen, die die bankrotte polnische Regierung dem Schicksal des Verfalls überließ, hat die Rote Armee auf Weisung der sowjetischen Regierung am 17. September 1939 die polnische Grenze überschritten und hat die Westukraine und das westliche Bjelo-Rußland von dem Joch der polnischen Herren befreit. Einen weiteren leuchtenden Erfolg der sowjetischen Außenpolitik bedeutet der am September 1939 unterzeichnete deutsch-sowjetische Vertrag über Freundschaft und Grenze der UdSSR und Deutschland. ...

Im Verhältnis zu dem imperialistischen Krieg, der im Westen vorgeht, hat die sowjetische Regierung zusammen mit der Regierung Deutschlands den Wunsch und die Unerläßlichkeit nach einer möglichst schnellen Liquidierung dieses Blutvergießens geäußert. Aber diese Erklärung hat kein Mitgefühl Englands und Frankreichs gefunden: beide Staaten setzen als offenkundige Kriegshetzer und Aggressoren den Krieg weiter fort.<<

In einem sowjetischen Schulgeschichtsbuch heißt es später über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 (x243/69): >>Überzeugt davon, daß England und Frankreich danach strebten, das faschistische Deutschland gegen die Sowjetunion zu benützen, entschloß sich die sowjetische Regierung dazu, einen Nichtangriffspakt mit Deutschland abzuschließen, der von der deutschen Regierung vorgeschlagen wurde.

Dabei ging unsere Regierung von dem Leninschen Prinzip aus, daß man Meinungsverschiedenheiten unter den imperialen Mächten ausnützen muß, damit sie sich nicht gegen die Sowjetunion zusammenschließen. ...<<

Der französische Historiker und Politiker Jacques Benoist-Méchin (1901-1983) berichtet später in seinem Buch "Sommerkrise und Kriegsausbruch 1939. Das Deutsche Reich und die Geheimpolitik der europäischen Großmächte" über die Reaktionen der Alliierten nach dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 (x311/125-127): >>... Chamberlain bewahrte seine Kaltblütigkeit, und Roosevelt war ratlos. Da war aber noch ein Mann, der eigentlich hätte völlig kopflos sein müssen: Oberst Beck (polnischer Außenminister)

Er befand sich im Zentrum des Sturmes, und ihn trennten von Deutschland weder ein Meer noch ein Ozean. War er sich nun darüber im klaren, daß die Einkreisung Polens mit der Unterzeichnung des deutsch-russischen Paktes vollendet war, daß immer zahlreichere deutsche Divisionen an seinen Grenzen aufmarschierten und daß inzwischen unter dem Vorwand der Feiern des 25. Jahrestages der Schlacht von Tannenberg 150.000 Mann in Ostpreußen zu-

sammengezogen waren.

Nicht im mindesten! Beck, der noch immer unerschrocken war, schien noch entspannter als an den vorhergehenden Tagen.

"Herr Beck ist sehr ruhig", drahtete Botschafter Léon Noel nach Paris. "Er scheint über diese überraschende Wendung keineswegs verwirrt. Er meint, daß sich an der Sache nicht viel geändert habe. Er machte die Bemerkung, daß die Sowjetregierung – wie geschehen – die Frage der militärischen Zusammenarbeit stellte, von vornherein Warschaws Reaktion gekannt habe, und daß sie gesonnen gewesen sei, diese zum Vorwand zu nehmen, ihre Verhandlungen mit Frankreich abzubrechen, nachdem sie sie in die Länge gezogen hatte."

Beck war zusammen mit Marschall Rydz-Smigly tatsächlich der Auffassung, die polnische Armee sei durchaus in der Lage, den deutschen Divisionen erfolgreich Widerstand zu leisten, die Geschmeidigkeit ihrer Kavallerie werde die Oberhand über die mechanisierte Starrheit der Wehrmacht behalten und in einigen Tagen würden die polnischen Heere Ostpreußen besetzt haben, denn das bestätigten ihm seine Geheimagenten immer wieder – Deutschland sei weder materiell noch moralisch in der Lage, einen Krieg zu führen, das deutsche Volk werde sich gleich bei Ausbruch der Feindseligkeiten gegen Hitler erheben, das Nazi-Regime werde innerhalb von 48 Stunden gestürzt sein, und die polnischen Vorhuten würden ohne auf Schwierigkeiten zu treffen, in Berlin einziehen, wo sie den Vorausabteilungen der französischen Armee die Hand reichen würden.

Niemals war ihm die Lage im günstigeren Lichte erschienen und er hatte seine diplomatischen Vertreter beauftragt, das in allen fremden Hauptstädten zum Ausdruck zu bringen. So erklärte der polnische Botschafter in Moskau dem französischen Botschafter Naggiar bei einer Begegnung zuversichtlich:

"Ich sehe die Dinge optimistisch. Das deutsche Angebot und Ribbentrops Besuch in Moskau zeugen für die verzweifelte Lage, in der sich das Reich befindet.<<

Der britische Historiker Robert Conquest (1917-2015) schreibt später über den Hitler-Stalin-Pakt (x080/281-284): >>... Ein Abkommen mit Deutschland sicherte zumindest vorläufig den Frieden und ermöglichte die gefahrlose Ausdehnung sowjetischen Territoriums. ...

Ein Pakt mit Hitler bot Stalin ... die Aussicht auf einen beträchtlichen territorialen Zugewinn und Frieden. Außerdem bestand in diesem Fall die Chance, daß Deutschland und die Westmächte sich in einem langwierigen und zermürenden Krieg gegenseitig schwächen würden, so daß die Sowjetunion als der lachende Dritte übrigbleiben würde.

... Stalin gab Ribbentrop sein persönliches Ehrenwort, daß die Sowjetunion ihren Teil des Vertrages uneingeschränkt erfüllen werde. Er fügte sogar das wenig überzeugende Versprechen hinzu, falls Deutschland in die Knie gezwungen würde, werde er hundert Divisionen zur Unterstützung seines Bundesgenossen an den Rhein entsenden. ...

Stalin stand dem Pakt mit Hitler und den Absichten des Deutschen natürlich keineswegs naiv und unbefangen gegenüber. So äußerte er vor dem Politbüro: >>Hitler will uns überlisten, aber am Ende werden wir die Klügeren sein.<<

Der deutsche Historiker Karl Dietrich Erdmann (1910-1990) schreibt später über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 (x243/69): >>Der Pakt bedeutete das Todesurteil für Polen. ... Für Stalin bedeutete der Pakt, daß dem Bolschewismus nun das Tor in das ... östliche Mitteleuropa geöffnet wurde. ...

Stalin hätte es in der Hand gehabt, den Krieg zu verhindern. ... Wenn er sich trotz der polnischen Bedenken (Ablehnung des russischen Durchmarschrechts durch Polen) mit den Westmächten verbündet hätte, wäre der deutsche Angriff auf Polen unterblieben. ...<<

Der deutsche Historiker Prof. Dr. Alexander Fischer (1933-1995) schreibt später über den "Hitler-Stalin-Pakt" (x041/201-203): >>Schon Ende der zwanziger Jahre konnten verantwortliche Politiker der Sowjetunion die Prognose wagen, daß ein neuer Weltenbrand bevorstehe.

Die unverhohlene Aggressivität Japans an der sowjetischen Fernostgrenze steigerte bald die beschworene Kriegsgefahr, weitere internationale Spannungen traten hinzu.

Nach der Machtergreifung Hitlers, dem Austritt Japans und Deutschlands aus dem Völkerbund 1933, dem kläglichen Scheitern der Abrüstungsbemühungen des Völkerbundes, dem Abschluß des Antikomintern-Paktes zwischen Tokio und Berlin im "Olympiajahr" 1936, vor allem aber nach dem Ausbruch des japanisch-chinesischen Krieges im Juli 1937 wurde es in Moskau zur Gewißheit, daß "der zweite imperialistische Krieg" (Litwinow) bereits begonnen habe.

Es bestand für die sowjetische Führungsspitze angesichts dieser bedrohlichen Entwicklung überhaupt kein Zweifel daran, daß sich ihr Land als kommunistische Insel im "trüben Meer des kapitalistischen Chaos" (Woroschilow) klar in einer Position der Defensive befand. ...

Angesichts der akuten Gefahr eines von Hitler provozierten Krieges in Europa, der vor allem die westlichen Nachbarstaaten der UdSSR einzubeziehen drohte, war es Stalin selbst, der am 10. März 1939 in einer Rede vor dem 18. Parteitag der KPdSU den Sinneswandel in der sowjetischen Außenpolitik kundtat. Die Sowjetunion werde sich nicht "von Kriegsprovokateuren, die es gewohnt sind, sich von anderen die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen, in einen Konflikt hineinziehen lassen".

Vor die Frage gestellt, entweder die militärischen und politischen Sicherungen im Bündnis mit London und Paris energisch auszubauen, damit freilich das Risiko einzugehen, im Konfliktfall beim Wort genommen zu werden, oder aber sich mit jenen Mächten zu vergleichen, deren aggressive Dynamik eine grundsätzliche Neuordnung der europäischen, insbesondere der ostmitteleuropäischen, und der asiatischen Landkarte erwarten ließ, wählte Stalin das vermeintlich kleinere Übel: das Arrangement in Form eines Nichtangriffspaktes mit dem "Dritten Reich" Hitlers im August 1939 und eines Neutralitätspaktes mit Japan im April 1941.

Mangels genauer Informationen muß dahingestellt bleiben, was in Moskau seinerzeit von der Dauerhaftigkeit eines Interessenausgleichs mit dem nationalsozialistischem Deutschland gehalten worden ist. Es gibt Hinweise darauf, daß der Kreml damals mit einem deutschen Angriff etwa ab 1942 rechnete.

Das erklärt das große Interesse an einer energielähmenden Verlängerung des Krieges zwischen den übrigen europäischen Großmächten. Dem Hitler-Stalin-Pakt kam in diesem Kalkül eine überragende Bedeutung zu. Gewiß ermöglichte er auch jene "Atempause", von der die sowjetische Historiographie, bezeichnenderweise unter Leugnung der Existenz des geheimen Zusatzprotokolls zum Pakt, ständig spricht.

Diese Sicht verharmlost jedoch die mit dem Abschluß intendierte grundlegende Veränderung der politischen Landkarte Ostmitteleuropas, wie sie in der Zuordnung Finnlands, Estlands, Lettlands zur sowjetischen Interessensphäre und in der Ankündigung einer vierten Teilung Polens festgeschrieben wurde. Nicht minder schwer wog die Bedeutung des Hitler-Stalin-Paktes für die Kriegsführung und die Kriegswirtschaft des "Dritten Reiches".

Stalin hatte allen Grund, sein Land aus kriegerischen Konflikten herauszuhalten. Die schweren inneren Erschütterungen, die den Ende der zwanziger Jahre eingeleiteten Wandlungsprozeß in Wirtschaft und Gesellschaft des "ersten Arbeiter- und Bauernstaates" der Welt begleitet hatten, waren ein Jahrzehnt später noch keineswegs überwunden.

Stalins "Revolution von oben", die einem "riesenhaften Schichtwechsel in der gesellschaftlichen Struktur" (v. Rauch) des Landes gleichkam, hatte ein unvorstellbarer Terror begleitet, dessen Auswirkungen bei Kriegsbeginn immer noch spürbar waren. Das gilt besonders für die Rote Armee, deren Kommandeurskader zu einem erheblichen Teil als "Feinde des Volkes" oder "Agenten ausländischer Nachrichtendienste" den sogenannten Säuberungen der Jahre 1937/38 zum Opfer fielen.

Auf diese Weise verloren die sowjetischen Streitkräfte u.a. rund die Hälfte aller Regiments-

kommandeure, fast alle Brigade- und Divisionskommandeure, alle Korpskommandeure und Kommandanten der Militärbezirke. Sämtliche Versuche, die Schlagkraft der Roten Armee trotz der lähmenden Eingriffe zu erhalten, zeitigten bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges nur schwache Erfolge.

Schon beim sowjetischen Übergriff auf Finnland im Winter 1939/40 gelang es den eingesetzten Truppen des Leningrader Militärbezirks nun unter schweren Verlusten, gegen die zahlenmäßig unterlegenen finnischen Streitkräfte die gesteckten Angriffsziele zu erreichen. Bis zum Zeitpunkt des deutschen Überfalls konnte man die Mängel in der Schlagkraft der Roten Armee nicht beseitigen. ...

Im wirtschaftlichen Bereich leistete die Sowjetunion vor allem durch bereitwilliges Eingehen auf deutsche Rohstoffwünsche einen kaum zu unterschätzenden Beitrag für die Kriegsführung Hitlers. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß Deutschland darüber hinaus wegen der britischen Blockade schwer zu erlangende Rohstoffe z.T. durch die Sowjetunion beschaffen sowie über sowjetische Häfen und Eisenbahnlinien transportieren ließ.<<

Der deutsche Historiker Andreas Hillgruber (1925-1989, seit 1965 Prof. in Marburg, Freiburg und Köln) schreibt später über die sowjetischen Motive des Hitler-Stalin-Paktes (x245/435-436): >>Die Entscheidung Stalins, auf die taktische Schwenkung Hitlers einzugehen und mit ihm einen Pakt auf der Basis der Teilung Ostmitteleuropas abzuschließen, war seit "München" vorbereitet worden.

Um ein in seiner Sicht drohendes Arrangement zwischen England und Hitler-Deutschland zu verhindern, das in sowjetkommunistischer Interpretation nur offensiv gegen die Sowjetunion gerichtet sein konnte, schien ein eigener Vertragsabschluß mit Hitler das am besten geeignete Mittel; denn Hitler mußte diesen Pakt als Ermunterung zum militärischen Angriff auf Polen auffassen (anstatt zum Einlenken auf eine "Kleine Lösung" in Gestalt von Revisionen an der deutsch-polnischen Grenze unter Vermittlung Englands wie es im Falle der Unterzeichnung eines britisch-französisch-sowjetischen Militärbündnisses im August 1939 von Stalins Sicht her befürchtet werden mußte).

Der deutsche Angriff auf Polen aber mußte mit hoher Wahrscheinlichkeit den kriegerischen Konflikt Hitlers mit den Westmächten auslösen.

Davon, daß England "trotz seiner Schwäche schlau und hartnäckig Krieg führen würde", war Stalin überzeugt – wie er Ribbentrop gegenüber in der Nacht vom 23. zum 24. August in bemerkenswerter Offenheit erklärte.

Damit war endlich die Grundvoraussetzung erreicht, die der Verwirklichung des außenpolitischen "Programms" Stalins bisher entgegengestanden hatte. Auch dieses "Programm" lag (wie das Hitlers) bereits seit der Mitte der zwanziger Jahre fest.

Die Spannungen zwischen den "imperialistischen" Mächten mußten sich nach sowjetkommunistischer Auffassung früher oder später in einem Kriege entladen. Dabei galt es zu verhindern, daß es zu einem gemeinsamen Krieg der "kapitalistischen" Mächte gegen die Sowjetunion kam; sie mußten vielmehr untereinander in einen kriegerischen Konflikt gebracht werden.

"Sollte ... (ein solcher) Krieg beginnen" – so hatte Stalin am 19. Januar 1925 auf der Plenartagung des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Rußlands seine Grundthese dargelegt -, "so werden wir nicht untätig zusehen können – wir werden als letzte auftreten, um das entscheidende Gewicht in die Waagschale zu werfen, ein Gewicht, das ausschlaggebend sein dürfte".

Stalins Entscheidung von August 1939 versetzte damit die Sowjetunion in eine so günstige Position, wie sie sie in ihrer ganzen Geschichte seit 1917 noch niemals eingenommen hatte.

An die Stelle der bisher die sowjetische Gesamtpolitik beherrschenden traumatischen Vorstellung von einer allseitigen Bedrohung durch die "kapitalistischen" Mächte konnte nun das Be-

wußtsein treten, die Position einer von allen Kriegführenden respektierten, ja umworbenen Großmacht innezuhaben, deren politisches Gewicht in dem Maße wuchs, wie der Krieg in Europa fort dauerte und die Energie der beteiligten Staaten absorbierte (aufsaugte). ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet später (im Jahre 1999) über den Hitler-Stalin-Pakt (x887/...): >>Präventivschlag: Was Stalin vor 60 Jahren wirklich im Schilde führte

"Ich habe Hitler überlistet"

Am 23. August 1999 jährt sich zum sechzigsten Mal der Abschluß des Paktes der beiden Diktatoren in Berlin und Moskau im Jahr 1939, der das Tor öffnete für die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges und des deutsch-sowjetischen Krieges ab 1941.

Die Motive beider Seiten zu diesem Pakt sind heute deutlich: Hitler suchte die sowjetische Rückendeckung für seinen Angriff auf Polen und zugleich dessen Begrenzung ohne ein Eingreifen Englands und Frankreichs. Stalin wollte zunächst einmal Zeitgewinn zur Aufrüstung der Roten Armee, deren Führung er zwei Jahre zuvor brutal dezimiert hatte. Das geheime Zusatzprotokoll des Paktes ermöglichte ihm auch beachtlichen Raumgewinn nach Westen durch die Annexion Ostpolens und der baltischen Staaten.

Der Mann im Kreml kalkulierte jedoch überlegener als sein Gegenspieler in Berlin. Er war überzeugt, daß sich der Angriff Hitlers auf Polen nicht lokalisieren lassen werde, daß vielmehr durch den Kriegseintritt der beiden Westmächte jener "zweite imperialistische Krieg" entstehen würde, auf den er schon seit zwanzig Jahren gehofft hatte und der seine potentiellen Gegner dann derart schwächen sollte, daß die Partie schließlich durch das Eingreifen der Sowjetunion im Sinne eines neuen Schubs für die Weltrevolution entschieden werde.

Beide Diktatoren schlossen diesen Pakt aus der Perspektive ihrer jeweiligen weitgreifenden politisch-ideologischen Ziele: Hitler mit der Perspektive seines "eigentlichen Krieges" zur Gewinnung deutschen "Lebensraums im Osten", wie er schon in "Mein Kampf" angekündigt hatte. Stalin verstand ihn als Vorbereitung des nächsten Stadiums des "revolutionären Weltprozesses", der 1923 zum vorläufigen Stillstand gekommen sei und dem ein zweiter Weltkrieg der "imperialistischen" Mächte den Weg bereiten sollte.

Mit Recht konnte Stalin am Abend des 23. August, wie Chruschtschow in seinen Memoiren berichtet, im engen Kreis sagen: "Ich habe Hitler überlistet." Seine Meisterleistung bestand darin, Hitler als "Eisbrecher" (Viktor Suworow) des Status quo von 1919 die Eröffnung des Krieges zuzuschreiben und der Sowjetunion die schon von Lenin entworfene Rolle des "lachenden Dritten" zuzuweisen.

Die im Pakt des 23. August anvisierten Gewinne hat Stalin in der Folgezeit rasch eingeheimst. Schon am 17. September marschierte die Sowjetunion in Vollzug des Geheimprotokolls in Ostpolen ein.

Am 30. November griff sie das alleinstehende Finnland an. Im Sommer 1940, als die Masse der deutschen Armeen in Frankreich gebunden war, annektierte die Sowjetunion die drei baltischen Staaten, und, vom Abkommen nicht gedeckt, auch Bessarabien und die nördliche Bukowina von Rumänien. Das brachte sie näher an die rumänischen Ölfelder heran.

Zwischen September 1939 und August 1940 hatte die Sowjetunion also alle ihre sechs westlichen Nachbarstaaten, mit denen durchweg Nichtangriffsverträge bestanden hatten, angegriffen. Wenn auch ohne formelle Kriegserklärungen war sie damit faktisch bereits in den Zweiten Weltkrieg eingetreten.

Wenn die sowjetamtliche Geschichtsschreibung von dieser Zeit als der "Vorkriegsperiode" (vor dem 22. Juni 1941) sprach, diente dies der propagandistischen Verhüllung der tatsächlich aggressiven Politik Moskaus und ihrem Bild vom deutschen "Überfall" auf die friedliebende und nichtsahnende Sowjetunion. Bis heute wird dieses Bild nicht zuletzt von deutschen Historikern kolportiert.

Dieser Mythos bröckelt freilich seit einiger Zeit. Deutsche Autoren wie Ernst Topitsch, Ernst Nolte, Joachim Hoffmann, Walter Post und der in den siebziger Jahren in den Westen gegangene sowjetische Militärgeschichtler Wladimir Resun, der unter dem Pseudonym Viktor Suworow schrieb, haben jene Sicht während des vergangenen Jahrzehnts erschüttert.

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben dann auch russische Historiker an der Demontage der stalinistischen Legende von der friedliebenden Sowjetunion gearbeitet. Der deutsche Rußlandexperte Wolfgang Strauß dokumentierte dies jüngst in seinem Buch "Unternehmen Barbarossa und der russische Historikerstreit".

Wichtig war dabei die Rede Stalins im Politbüro am 19. August 1939, wo der rote Diktator den bevorstehenden Paktabschluß mit Hitler begründete. Diese Rede war lange auch von deutschen Historikern als "antikommunistische Fälschung" abqualifiziert worden. Nachdem sie bereits im November 1939 von der amtlichen französischen Nachrichtenagentur "Havas" veröffentlicht worden war, beteuerte kein Geringerer als Stalin selbst in einem Schreiben an "Havas" ihre Unechtheit. Nun haben Historiker der Universität Nowosibirsk den Redetext im Geheimfundus des Sonderarchivs der Sowjetunion gefunden, und die Historikerin T. S. Buschujewa hat ihn in der Moskauer Literaturzeitung "Nowy Mir" veröffentlicht.

Kurz darauf erschienen "Materialien des geschichtswissenschaftlichen Seminars" der Universität Nowosibirsk mit dem Titel "1. September 1939 - 9. Mai 1945. Aus Anlaß des 50. Jahrestages der Vernichtung des faschistischen Deutschland im Kontext des Beginns des Zweiten Weltkrieges".

In einem der Beiträge befaßte sich der Historiker W. L. Doroschenko mit der Stalinrede vom 19. August. Er nennt den Redetext "eines der grundlegenden Dokumente zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges", das beweise, daß Stalin den Pakt mit Hitler in der Absicht geschlossen habe, "den Krieg zu entfachen, einmal mit dem allgemeinen Ziel der Machteroberung in Europa, zum anderen mit einem unmittelbaren Gewinn, der sich aus der Vernichtung Polens und der Eroberung Galiziens ergab ... Der Nichtangriffspakt machte die Hände Hitlers frei, provozierte Deutschland zur Kriegsauslösung. Als Stalin den Pakt schloß, stand für ihn fest, das Abkommen zu brechen, beabsichtigte er doch von Anfang an, zu einem für ihn vorteilhaften Zeitpunkt in den Krieg direkt einzugreifen!"

Hitler hatte sich mit dem Pakt des 23. Augusts 1939 und durch den nur für ihn unerwarteten englisch-französischen Kriegseintritt am 3. September bereits in die Rolle des von Moskau jederzeit Erpreßbaren begeben. Das wurde besonders deutlich in den Gesprächen mit dem sowjetischen Außenminister Wjatscheslaw Molotow im November 1940 in Berlin. Es ging hier nicht nur um die Frage der weiteren für den Krieg Hitlers wichtigen sowjetischen Rohstofflieferungen, besonders Öl und Getreide.

Da England noch immer militärisch aufrecht stand, enthüllte sich nun das Damoklesschwert des Zweifrontenkrieges für Deutschland. Unter dem Eindruck der Gespräche mit Molotow und in der hochmütigen Hoffnung, auch die Sowjetunion in wenigen Monaten mit den Methoden des Blitzkrieges niederwerfen zu können, traten nun die Angriffsvorbereitungen Hitlers gegen die Sowjetunion in ihr konkretes Stadium.

Aber auch die sowjetischen Kriegsvorbereitungen hatten bereits am 1. September 1939 mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht begonnen. Am 26. Juni 1940 erließ das Präsidium des Obersten Sowjets die Verordnung "Über den Übergang zum achtstündigen Arbeitstag und zur siebentätigen Arbeitswoche" sowie das Verbot des eigenmächtigen Verlassens der Betriebe und Büros. 1941 erreichte der Anteil der Militärausgaben am sowjetischen Staatsbudget dreiundvierzig Prozent. Am 7. Mai übernahm Stalin selbst den Vorsitz im Rat der Volkskommissare, also das Amt des Regierungschefs.

Die auf den Krieg vorbereitende sowjetische Propaganda gegen Deutschland hatte schon 1940 begonnen und wurde im Frühjahr 1941 erheblich gesteigert, unter anderem auch mit deutsch-

landkritischen Filmen wie "Professor Mamlock" (nach Friedrich Wolf, dem Vater von Markus Wolf) oder "Familie Oppenheim" (nach Lion Feuchtwanger).

Im Zusammenhang mit diesen Kriegsvorbereitungen ist auch die Rede Stalins vor den Absolventen der sowjetischen Militärakademie am 5. Mai 1941 zu sehen, in der der Diktator offen die deutsche Wehrmacht als potentiellen Feind nannte.

Als 1989 das Buch Viktor Suworows, "Der Eisbrecher. Hitler in Stalins Kalkül", erschien, waren Historiker und veröffentlichte Meinung besonders in Deutschland vielfach bemüht, die Darlegungen des Autors über den offensiven Aufmarsch der Sowjetarmee gegen Deutschland im Frühjahr 1941 unter Verschuß zu halten.

Obwohl Suworow sich fast ausschließlich auf die sowjetischen militärischen Dokumente und die Memoiren der sowjetischen Spitzenmilitärs im Zweiten Weltkrieg stützte, wurden die Schlußfolgerungen des Autors angezweifelt, daß nämlich der Angriff Hitlers in ein bereits weit fortgeschrittenes Stadium des sowjetischen Offensivaufmarsches - und nicht etwa sowjetischer Defensivmaßnahmen - hineinstieß, woraus sich nicht zuletzt die deutschen Erfolge des Sommers 1941 erklärten. Noch immer herrsche die eigentümliche Palmströmlogik vor, "daß nicht sein kann, was nicht sein darf".

Da nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion auch die russischen Militärarchive zunehmend offener werden, haben russische Militärhistoriker die sowjetischen Pläne des Frühjahrs 1941 ausgewertet und teilweise veröffentlicht, welche die früheren Ergebnisse Suworows und anderer westlicher Autoren voll bestätigen. Der Historiker und Oberst a.D. Valij Danilow hat die Pläne des sowjetischen Generalstabs aufgefunden und publiziert, die seit dem März 1941 entwickelt und am 15. Mai von Stalin gebilligt wurden. Nachdem noch die Moskauer "Militärhistorische Zeitschrift" 1996 versucht hatte, die sowjetischen Angriffsvorbereitungen gegen Deutschland 1941 zu leugnen, kam die "Unabhängige Militärrundschau" in ihrem Februarheft 1998 zu entgegengesetzten Ergebnissen.

Danilow zitiert auch aus den Notizen, die der Teilnehmer an einer Absolventenfeier über die Stalinrede am 5. Mai angefertigt hatte mit der "Prognose Stalins, daß wir den Kampf mit Deutschland beginnen ... einen gewaltigen Krieg mit dem Faschismus, gegen den gefährlichsten militärischen Nachbarn, im Namen der Revolutionierung Europas und natürlich auch Asiens".

Danilow ordnete sodann die militärstrategischen Pläne, die in den Generalstabsplänen mehrfach als "Überraschungsschlag" und "Präventivschlag" bezeichnet wurden, in die politisch-ideologischen Rahmenbedingungen der sowjetischen Führung ein: "Es ging also nicht nur um die Abwehr einer ausländischen Aggression, sondern um die Verwirklichung weitgesteckter kommunistischer Ziele einschließlich der Weltrevolution."

Deshalb habe man sich für einen "Krieg mit dem Faschismus" entschieden und dabei die Verteidigung völlig vernachlässigt. Stalin "wollte einfach nicht glauben, daß Hitler die Initiative ergreifen und ihm zuvorkommen könnte. Dabei hatte Stalin in der Tat die Ratio für sich, nicht zu erwarten, daß Hitler selbst sich in den für ihn tödlichen Zweifrontenkrieg stürzen könne". Danilows Fazit lautet: "Die Außenpolitik der Sowjetunion der Vorkriegszeit (also vor dem 22. Juni 1941) bestand nicht darin, den Frieden mit allen nur denkbaren Mitteln zu bewahren. Im Gegenteil. Dokumente und praktische Maßnahmen der Sowjetregierung wie auch des Verteidigungsministeriums sprachen davon, daß die sowjetische Außenpolitik auf Angriff ausgerichtet war."

Ein weiterer Autor des Sammelbandes der Universität Nowosibirsk, der Historiker Michail Nikitin, kommt zu ganz ähnlichen Ergebnissen wie Danilow mit den Hinweisen auf die gigantischen Rüstungsanstrengungen der Sowjetunion in der ersten Hälfte des Jahres 1941, als Panzer und Flugzeuge des modernsten Typs produziert wurden. Im Zeitraum zwischen 1939 und Juni 1941 seien der Roten Armee weiter zweiundneunzigtausend Geschütze und Granatwer-

fer, siebentausendvierhundert Panzer und siebzehntausendsiebenhundert Kampfflugzeuge zu-geführt worden.

"Aus den Dokumenten geht eindeutig hervor, daß die sowjetische Führung im Frühjahr 1941 Deutschland als den Hauptfeind betrachtete. ... Ein Kompromiß kam nicht mehr in Betracht, beide Seiten bereiteten sich darauf vor, ihre Ziele mit militärischen Mitteln zu erreichen. ... Das Hauptziel bestand in der territorialen Ausdehnung der 'sozialistischen Welt' Richtung Westen, im Idealfall die Eroberung ganz Europas ... Die Zersplitterung der Wehrmacht an vielen Fronten im Westen erschien Moskau als einmalige Chance, 'in einem Überraschungsschlag Deutschland zu vernichten'."<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt (x046/27-28): >>... Russische Historiker erblicken heute längst auch einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem 23. August 1939 und dem 22. Juni 1941. Durch den Pakt mit Hitler vom 23. August 1939 hatte Stalin sein erstes Ziel erreicht, und er war, wie Marschall der Sowjetunion Zkukov sich erinnert, "überzeugt, er würde aufgrund des Paktes Hitler um den kleinen Finger wickeln".

"Nun, für das erste haben wir Hitler getäuscht", so die Meinung Stalins nach Nikita Chruscev. Der Pakt vom 23. August 1939 hatte Hitler dazu ermutigt, Polen anzugreifen und als Folge hiervon, wie erwartet, einen europäischen Krieg entstehen lassen, an dem die Sowjetunion vom 17. September 1939 an als Aggressor teilnahm, ohne daß sie damit freilich die Kriegserklärung der Westmächte auf sich gezogen hätte.

"Ein einziger Schlag gegen Polen", so der verantwortliche Leiter der sowjetischen Politik, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare Molotow am 31. Oktober 1939 vor dem Obersten Sowjet, "erst seitens der deutschen, dann seitens der Roten Armee, und nichts blieb übrig von dieser Mißgeburt des Versailler Vertrages, die ihre Existenz der Unterdrückung nichtpolnischer Nationalitäten verdankt hatte." Auf ausdrücklichen Wunsch Stalins hin sollten nicht einmal Reste der staatlichen Existenz Polens bestehen bleiben.

Durch die Angriffskriege gegen Polen und Finnland, durch die erpresserische Annexion der souveränen Republiken Estland, Lettland und Litauen und die Androhung des Krieges gegen Rumänien vermochte die Sowjetunion im Gefolge der Verträge mit Hitler ihr Gebiet um ein Territorium zu vergrößern, das mit 426.000 qkm etwa der Ausdehnung des Deutschen Reiches von 1919 entsprach.

Damit hatte Stalin die auch ihn schützende Staatenbarriere an seiner Westgrenze niederge-rissen und seine Aufmarschbasis nach Westen bedeutend verbessert. Für ihn kam es nun auf den nächsten Schritt an, und die Voraussetzungen hierzu waren günstig. Denn die politisch strate-gische Lage Deutschlands wurde, seiner Anfangserfolge ungeachtet, in Moskau als kritisch eingeschätzt.

Die Entscheidung im Krieg mit England rückte in immer weitere Ferne. Hinter Großbritanni-en aber standen mit wachsender Entschiedenheit die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Streitkräfte Deutschlands waren jetzt überall in Europa verzettelt und von Norwegen bis zu den Pyrenäen Großbritannien gegenüber in einer Front gebunden. Zum anderen aber war die Unfähigkeit Deutschlands, einen langen Krieg wirtschaftlich durchzustehen, in Moskau sehr wohl bekannt. Und wie verletzbar war das Deutsche Reich erst im Hinblick auf die Möglich-keit, es von den lebenswichtigen Erdölaufuhren aus Rumänien abzuschneiden! ...<<

Der deutsche Historiker Walter Post berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 (x853/...): >>... Die Beziehungen zwischen Sowjetrußland und dem Deut-schen Reich waren seit 1933 aufgrund der ideologischen Gegensätze äußerst kühl bis feindse-lig gewesen, aber getreu dem Grundsatz, die "kapitalistischen Imperialisten" gegeneinander auszuspielen, beschloß Stalin, die schwächere Partei in dem sich anbahnenden europäischen

Konflikt, und das war Deutschland, zu unterstützen. Moskau signalisierte Berlin seine Bereitschaft, einen Nichtangriffspakt abzuschließen, und Hitler erkannte die Chance, die drohende Einkreisung und wirtschaftliche Erdrosselung Deutschlands zu verhindern.

Die Geschäftsgrundlage für diesen Nichtangriffspakt war die Aufteilung Polens und Osteuropas in eine deutsche und eine sowjetische Einflußsphäre, wobei in etwa die deutsch-russische Grenze von 1914 wiederhergestellt werden sollte.

Seine Motive für den Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit Deutschland legte Stalin am 7. September 1939, also eine Woche nach Beginn des europäischen Krieges, in einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der Komintern, Georgi Dimitroff, dar. Dimitroff hielt die Äußerungen Stalins in seinem Tagebuch wie folgt fest:

"- Der Krieg wird zwischen zwei Gruppen von kapitalistischen Staaten geführt - (arme und reiche im Hinblick auf Kolonien, Rohstoffe usw.) um die Neuaufteilung der Welt, um die Weltherrschaft!

- Wir haben nichts dagegen, daß sie kräftig aufeinander einschlagen und sich schwächen.
- Nicht schlecht, wenn Deutschland die Lage der reichsten kapitalistischen Länder (vor allem Englands) ins Wanken brächte.
- Hitler selber zerrüttet und untergräbt, ohne es zu verstehen und zu wollen, das kapitalistische System ...

Wir können manövrieren, eine Seite gegen die andere aufbringen, damit sie sich noch stärker in die Haare kriegen.

- Der Nichtangriffspakt hilft Deutschland in gewissem Maße.
- Der nächste Schritt ist der, die andere Seite anzuspornen ...
- Der polnische Staat war früher (in der Geschichte) ein Nationalstaat. Deshalb haben ihn die Revolutionäre gegen Teilung und Versklavung verteidigt.
- Heute ist er - ein faschistischer Staat, der Ukrainer, Weißrussen usw. knechtet.
- Die Vernichtung dieses Staates unter den gegenwärtigen Bedingungen würde einen bourgeoisen faschistischen Staat weniger bedeuten!
- Was wäre schlechtes daran, wenn wir im Ergebnis der Zerschlagung Polens das sozialistische System auf neue Territorien und die Bevölkerung ausdehnen."

Am 23. August 1939 unterzeichneten Reichsaußenminister Ribbentrop und der Volkskommissar für Äußeres Molotow in Moskau einen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt mit einem geheimen Zusatzprotokoll, in dem die territorialen Interessensphären beider Mächte in Osteuropa abgegrenzt wurden." Außerdem, und dies war mindestens ebenso wichtig, wurde ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit abgeschlossen, das dem Deutschen Reich erlaubte, die englisch-französische Wirtschaftsblockade mit Hilfe sowjetischer Rohstofflieferungen zu umgehen.

Ohne die Sowjetunion waren Großbritannien und Frankreich aufgrund der Geographie, der militärischen Schwäche Englands und des defensiven Denkens der französischen militärischen Führung nicht in der Lage, Polen wirksam zu unterstützen. Aber trotz der prekären strategischen Lage weigerte sich die polnische Regierung hartnäckig, der Deutschen Reichsregierung im Streit um Danzig in irgendeiner Weise entgegenzukommen. Von entscheidender Bedeutung dürfte dabei der Einfluß Washingtons gewesen sein, das die Regierung in Warschau in ihrer Widerstandshaltung bestärkte.

Somit waren die diplomatischen Bemühungen zur Erhaltung des Friedens zum Scheitern verurteilt, und am 1. September 1939 begann der deutsche Angriff auf Polen. Zwei Tage später erklärten England und Frankreich dem Deutschen Reich den Krieg.

Die polnischen Streitkräfte wurden bis Mitte September von der deutschen Wehrmacht zerschlagen, und am 17. dieses Monats marschierte die Rote Armee in Ostpolen ein. Der polnische Staat hörte auf zu existieren, die neuen Machtverhältnisse in Osteuropa wurden durch

den deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 besiegelt. Damit waren in Osteuropa wieder die Machtverhältnisse hergestellt, wie sie bis 1914 existiert hatten - aber nun unter totalitären Vorzeichen. ...<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienenen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtet später über den Hitler-Stalin-Pakt (x320/64-66): >>>**Der Hitler-Stalin-Pakt**

Der Coup vom 23. August 1939

Ein Schock für die westliche Welt: Die Erzfeinde verständigen sich zu Lasten der Polen. Beide Diktatoren ziehen Nutzen aus dem Deal.

Im Sommer 1939 laufen französisch-britisch-polnisch-sowjetische Sondierungen zu einem Kriegsbündnis gegen Deutschland. Als Warschau den antideutschen Kriegspakt zwischen London, Moskau und Paris aus Angst vor der Sowjetunion verhindert, nutzt Berlin die Chance und bietet seinerseits Moskau Gespräche zur Verständigung an. Am 4. August 1939 gewährt der sowjetische Außenminister Wjatscheslaw Molotow dem deutschen Botschafter Friedrich-Werner Graf von der Schulenburg daraufhin eine Audienz. ...

Am 19. August teilen die englische und die französische Regierung der sowjetischen mit, daß sie ihren schon ausgehandelten Vertrag aufgrund des Einspruchs der polnischen Regierung nicht unterzeichnen werden. Damit steht Rußlands Seitenwechsel nichts mehr im Weg. Der deutsche Botschafter wird erneut zu Molotow bestellt. Der überreicht ihm einen Textentwurf für den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt. Der Vertragstext enthält noch nicht das Zusatzprotokoll, doch er endet mit dem Satz:

"Der gegenwärtige Pakt ist nur bei gleichzeitiger Unterzeichnung eines besonderen Protokolls über die Punkte, an denen die vertragsschließenden Teile auf dem Gebiet der auswärtigen Politik interessiert sind, gültig."

Die sprichwörtliche Katze ist damit nach wie vor nicht aus dem Sack: das Schicksal der Baltenländer.

Nun folgt Zug auf Zug. Hitler - in der Danzig-Krise unter Zeitdruck - schaut nur auf den Nichtangriffspakt mit Stalin, von dem er hofft, daß er die Polen, Briten und Franzosen zum Nachgeben beim Danzig-Korridor-Problem bewegt. Er schaut nicht auf das Zusatzprotokoll, von dem er immer noch nicht weiß, was die Sowjets damit verbinden werden. Hitler telegraphiert am 20. August an Josef Stalin und teilt mit, daß er den Entwurf des Nichtangriffspaktes akzeptiert. Am 21. August dankt Stalin wiederum Hitler für das Telegramm und lädt von Ribbentrop für den 23. August nach Moskau ein. ...

Hitler, vor die Wahl gestellt, mit Stalins Rückendeckung seine Handlungsfreiheit in der Danzig-Frage zu erhalten, oder ohne Stalin auf Danzig, die exterritorialen Transitwege und den Schutz der deutschen Minderheit in Polen zu verzichten, akzeptiert die Interessensphären-Grenzen, die die Russen fordern. Der deutsche Staatschef, der Stalins Forderungen vorher nicht gekannt hat, entscheidet offensichtlich ohne langes Zögern. Kurz nach Mitternacht, am 24. August, werden der Nichtangriffspakt und das geheime Zusatzprotokoll von Molotow und Ribbentrop unterschrieben. ...

Die Einigung zwischen Hitler und Stalin, so schnell nach dem Scheitern der französisch-englisch-sowjetischen Verhandlungen, ist ein Schock für London und Paris - und dennoch für Warschau kein Anlaß, in der Danzig-Frage auf Deutschland zuzugehen. ...

Das geheime Zusatzprotokoll spricht nur von Interessensphären. Es bringt nicht zum Ausdruck, daß die Sowjetunion nun Finnland und die Baltenstaaten einkassieren dürfe. So harsch dieses deutsch-sowjetische Geheimabkommen auch später kritisiert wird, es entspricht den Gepflogenheiten jener Zeit. So schließt beispielsweise auch Großbritannien 1938 mit Italien und mit Spanien derartige Abkommen. Das geheime Zusatzprotokoll ist zudem kein Produkt

von Hitlers Strategie, sondern stammt aus der Feder Stalins beziehungsweise Molotows.<<

25.08.1939

NS-Regime: Hitler wiederholt am 25. August 1939 nochmals die bisherigen Forderungen gegenüber Polen.

Großbritannien: Die britische Regierung schließt am 25. August 1939 mit Polen einen 5jährigen militärischen Beistandspakt.

Nach Abschluß des britisch-polnischen Beistandsvertrages zieht Hitler den deutschen Angriffsbefehl (26.08.1939) zurück, um weitere deutsch-britische Verhandlungen zu führen (x041/98).

USA: US-Präsident Roosevelt fordert Deutschland und Polen am 25. August 1939 zur Mäßigung auf, um weitere politische Verhandlungen zu ermöglichen.

26.08.1939

NS-Regime: Die NS-Justiz veröffentlicht am 26. August 1939 das sogenannte "Kriegssonderstrafrecht", das drakonische Strafen vorsieht (x149/100): >>... Wegen Zersetzung der Wehrkraft wird mit dem Tode bestraft: 1. wer öffentlich dazu auffordert oder anreizt, die Erfüllung der Dienstpflicht in der deutschen oder einer verbündeten Wehrmacht zu verweigern, oder sonst öffentlich den Willen des deutschen oder verbündeten Volkes zur wehrhaften Selbstbehauptung zu lähmen oder zu zersetzen sucht.<<

Der deutsche Assessor Ulrich Bachmann schreibt später über das "Kriegssonderstrafrecht" (x051/333-334): >>Kriegssonderstrafrecht, strafrechtliche Bestimmungen, die kurz vor oder während des Zweiten Weltkrieges erlassen wurden und drakonische Strafen vorsahen, insbesondere eine nicht dagewesene häufige Androhung der Todesstrafe enthielten. Die Kriegssonderstrafrecht-Verordnung vom 17.8.38 (veröffentlicht erst 26.8.39, RGBl. I, S. 1.445) enthielt Bestimmungen über Spionage, Freischärlerei u.a. und führte v.a. den neuen Straftatbestand Wehrkraftzersetzung ein.

Der Chef des OKW wurde ermächtigt, die Verordnung zu ändern oder zu ergänzen, soweit ein Bedürfnis der Kriegführung dies gebiete, eine in der Rechtsgeschichte der Neuzeit einmalige Vollmacht für das Militär, auch mit Wirkung für Zivilpersonen Strafbestimmungen zu erlassen.

Die "Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen" vom 1.9.39 (RGBl. I, S. 1.683) drohte harte Strafen bei Abhören ausländischer Sender an.

Die "Verordnung gegen Volksschädlinge" vom 5.9.39 (RGBl. I, S. 1.679) enthielt Strafbestimmungen gegen Plünderung und gegen Delikte, die unter Ausnutzung der Verdunkelung begangen wurden, sowie gegen "gemeingefährliche Verbrechen".

Die "Verordnung zur Ergänzung der Strafvorschriften zum Schutz der Wehrkraft des deutschen Volkes" vom 25.11.39 (RGBl. I, S. 2.319) sah hohe Strafen vor bei Wehrmittelbeschädigung, Störung eines wichtigen Betriebes, Teilnahme an einer wehrfeindlichen Verbindung u.a.

Die "Verordnung gegen Gewaltverbrecher" vom 5.12.39 (RGBl. I, S. 2.378) stellte – auch vor Inkrafttreten der Verordnung begangene – Gewalttaten mit einer Waffe unter Todesstrafe. Schließlich wurden verschiedene Vorschriften zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung erlassen, so die Kriegswirtschaftsverordnung vom 4.9.39 (RGBl. I, S. 1.609) und die Verbrauchsregelungsstrafverordnung vom 26.11.41 (RGBl. I, S. 734).

Den Schlußstein der Kriegssonderstrafrecht-Vorschriften bildete die "Verordnung zur Ergänzung der Kriegssonderstrafrecht-Verordnung" vom 5.5.44 (RGBl. I, S. 115), die für jede Straftat die Verhängung der Todesstrafe ermöglichte, "wenn der regelmäßige Strafrahen nach gesundem Volksempfinden zur Sühne nicht ausreicht".

Sonderrecht wurde schließlich gegen sogenannte Fremdvölkische geschaffen, so mit der "Polenstrafrechtsverordnung" vom 4.12.41 (RGBl. I, S. 759) gegen Juden und Polen.

Im Strafverfahrensrecht wurden rechtsstaatliche Garantien weiter abgebaut, durch die Kriegsstrafverfahrensordnung vom 17.8.38 (veröffentlicht erst 26.8.39, RGBI. I, S. 1.457) ein vereinfachtes sogenanntes Kriegsverfahren eingeführt, die Verteidigerrechte gekürzt und die gerichtlichen Zuständigkeiten neu geregelt.<<

Der deutsche Assessor Ulrich Bachmann schreibt später über die "Wehrkraftzersetzung" (x051/622-623): >>Wehrkraftzersetzung, durch § 5 Absatz 1 Nr. 1 der Kriegssonderstrafrechtsverordnung vom 17.8.38 (veröffentlicht erst 26.8.39, RGBI I, S. 1.455) eingeführter neuer Straftatbestand, wonach mit dem Tod zu bestrafen sei, wer öffentlich dazu auffordere oder anreize, die Erfüllung der Dienstpflicht in der deutschen oder einer verbündeten Wehrmacht zu verweigern oder wer sonst öffentlich den Willen des deutschen oder verbündeten Volkes zur wehrhaften Selbstbehauptung zu lähmen oder zu zersetzen suche. In minder schweren Fällen konnte auf Zuchthaus oder Gefängnis erkannt werden. Durch Verordnung vom 25.11.39 (RGBI I, S. 2.319) wurden die Strafbestimmungen "zum Schutz der Wehrkraft des Deutschen Volkes" noch erweitert.

Der Tatbestand der Wehrkraftzersetzung ist Beispiel für die nationalsozialistische Gesetzestechnik, Straftatbestände möglichst weit zu fassen und damit der uferlosen Auslegung zugänglich zu machen. Durch die Gerichte sind die einzelnen Tatbestandsmerkmale noch erweitert worden, so etwa hinsichtlich des Begriffs "öffentlich": Auch vor einem geschlossenen Personenkreis gemachte Äußerungen galten dann als öffentlich, wenn die Äußerungen über den Kreis hätten hinausdringen können, eine nie auszuschließende Möglichkeit. Nahezu alle kritischen Äußerungen wurden als Wehrkraftzersetzung interpretiert. Sie war – neben Fahnenflucht – der Straftatbestand, aufgrund dessen die meisten Todesurteile verhängt wurden.

Zuständig für Fälle der Wehrkraftzersetzung war zunächst das Reichskriegsgericht, dann die Sondergerichte und schließlich, durch Verordnung vom 29.1.43 (RGBI I, S. 76), der Volksgerichtshof.<<

28.08.1939

Großbritannien: Der britische Botschafter Henderson versucht den deutsch-polnischen Krieg zu verhindern und bietet vom 28. bis zum 29. August 1939 Vermittlungsgespräche an.

Hitler stimmt direkten Verhandlungen zu und bittet Henderson, daß am 30. August 1939 ein polnischer Vertreter in Berlin erscheinen soll (Ultimatum).